Nr. 227. Morgenausgabe. Erstes Blatt. Freitag, 16. Mai 1919.

Königsberger Hartungsche Zeitung.

Die „Königsberger Hartungsche Zeitung" erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 5,25 Mk., frei Haus 5,70 Mk.; monatlich 1,75 Mk., frei Haus 1,90 Mk. — Bei der Post: Vierteljährlich 6 Mk., monatlich 2 Mk. (ohne Bestellgeld).

Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk.

Fernsprecher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptschriftleitung und Verlag 5.

Gründungsjahr der Hartungschen Druckerei (weiland Reußner): 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Münchenhofstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegengenommen. Preis für die einspaltige Kleinzeile oder deren Raum 50 Pfg., für Aufträge außerhalb Ostpreußens 60 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeiger 40 Pfg.) Vorzugsanzeigen 2,00 Mk. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg.

Postscheck-Nummer: 141, Königsberg.

Berliner Schriftleitung: Berlin. W. 57, An der Apostelkirche 7. (Lützow 6202/3.)

Der Kampf gegen den Rachsuchtfrieden.

Volksabstimmung? — Ostdeutsches Parlament und Nationalversammlung. — Bekundung der Reichstreue Bayerns.

Achselrod verhaftet. — Aufgelöste polnische Volksräte in Schlesien. — Deutsche Handelsschiffe an Polen? — Spaniens Urteil.

Der Memelstrom Landesgrenze?

Von Regierungs- und Baurat Strauß-Gumbinnen.

Unter den von unseren Feinden uns auferlegten Friedensbedingungen ist bekanntlich auch die enthalten, daß der Memelstrom die zukünftige Grenze zwischen Deutschland und einem von Gnaden der Entente abhängigen Nachbarstaat — nach den neuesten Nachrichten Polen — bilden soll. Die Grenze soll „stromabwärts Schmalleningken dem Hauptschiffahrtskanal der Memel und dem Skirwietharm des Memeldeltas bis zum Kurischen Haff" folgen. Sie soll also auf 110 Kilometer den Memel- und Rußstrom entlang gehen, läßt den Atmathstrom mit dem wichtigen Flecken Ruß rechts, also auf polnischer Seite, liegen, biegt hier in den Skirwiethstrom ein und führt durch diesen — vermutlich den östlichen der beiden Skirwietharme, die in den letzten Jahren ausgebauten „Graden Ost" — zum Haff. Anscheinend soll die Schiffahrtsrinne — ein Schiffahrtskanal besteht nicht — die eigentliche Grenzlinie darstellen. Der Strom selbst soll uns wohl noch zugänglich bleiben.

Diese Festsetzung bedeutet auch eine der vielen glatten Unmöglichkeiten, die dieser Vertrag uns zumutet. Ganz allgemein ist ein Strom als Landesgrenze durchaus ungeeignet. Es würde wohl niemand auf den Gedanken kommen, eine Landesgrenze mitten durch eine vielbefahrene Landstraße zu legen, noch weniger ist aber eine verkehrsreiche Wasserstraße dazu geeignet. Schon die frühere sogenannte nasse Grenze gegen Rußland, welche durch ganz unbedeutende Flüßchen wie die Swentoje, Szeszuppe, Lepohne gebildet war, führte zwischen den beiden Staaten zu dauernden, langjährigen Verhandlungen. Ein Strom ist aber nicht nur eine Verkehrsstraße, sondern er hat auch wichtige, wasserwirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Wenn eine Landstraße ein mehr oder minder künstliches Produkt ist, so ist ein Strom ein lebendiger Organismus, der sich Eingriffe ohne weitreichende Folgen auf die Dauer nicht gefallen läßt. Daher ist auch bei allen Stromregulierungen die größte Vorsicht geboten.

Die Schiffahrtsrinne im Strom liegt bekanntlich nicht in der Mitte; sie schlängelt sich vielmehr, je nach der Grundrißgestaltung, der Bodenart usw. von einem Ufer zum andern; sie hat bei hohen Wasserständen einen ganz anderen Verlauf als bei niedrigen. Sie ist und bleibt „flüssig". Sie verlegt sich nicht nur von Jahr zu Jahr nach jedem Hochwasser, sondern auch im Laufe des Sommers. Damit verschiebt sich dann auch automatisch die Grenze zwischen den beiden Staaten. Eine solche örtlich nicht festgelegte, weil nicht festzulegende Grenze von 110 Kilometern Länge würde dauernd zu Meinungsverschiedenheiten und großen Weiterungen zwischen den Angehörigen beider beteiligten Länder und deren Behörden führen. Die bei uns noch von früher her in übelstem Andenken stehenden Grenzstreitigkeiten mit Rußland wären an der Tagesordnung.

Arbeiten zur Unterhaltung der Strombauwerke auf der einen Seite würden ihren Zweck verfehlen, wenn nicht auf dem gegenüberliegenden Ufer in gleicher Weise vorgegangen wird. Eine Verwilderung des Stroms würde durch Arbeiten auf der einen Seite keineswegs verhindert werden. Wir wären also mit unseren Maßnahmen dauernd auf das Wohlwollen des anderen Staates angewiesen. Dasselbe ist, wenn möglich in noch höherem Maße bei den Baggerarbeiten der Fall. Baggerungen in der Stromrinne zur Erhaltung der Fahrtiefen können naturgemäß nur ohne Rücksicht auf eine politische Grenzlinie vorgenommen werden, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen. Einseitige Baggerungen würden vollständig zwecklos sein, ja unter Umständen direkt zweckwidrig wirken. Die Disposition über diese Arbeiten kann naturgemäß nur von einer Stelle aus geschehen, der auch die Baggergeräte zur Verfügung stehen müssen. Soll darüber wie über die Kostenverteilung auch eine der vielen Kommissionen des Völkerbundes beschließen? Wahrscheinlich soll uns die ehrenvolle Aufgabe der Ausführung zufallen, und die anteiligen Kosten des Nachbarstaates würden uns — gutgeschrieben?

Der Memelstrom ist im Winter ungefähr vier Monate mit Eis bedeckt. Es würde dadurch dem Schmuggel auf dem Strom Tür und Tor geöffnet; denn die Eisdecke bietet ihrer Länge nach dem Schmuggler bequeme Gelegenheit, sich an jeder Stelle auf ungefährdetem Gebiet zurückzuziehen — eine weitere Quelle von Reibereien zwischen den beiderseitigen Grenzbeamten.

Bekanntlich ist bei dem Memelstrom eine Hochwasserregulierung noch nicht durchgeführt. Die Lösung dieser Frage ist schon seit Jahren Gegenstand der Erwägungen, sie stößt indes wegen der schwierigen Eisverhältnisse und wegen des vorliegenden Hasses auf erhebliche Hindernisse. Im Zusammenhang mit der Regulierung steht das Projekt der Eindeichung der rechtsseitigen Rußniederung. Es ist klar, daß eine solche Regulierung und Eindeichung nur nach einem einheitlichen Plane denkbar ist. Sie bedingen sehr umfangreiche Veränderungen der Flußsohle, Ausbaggerungen und Tieferlegung der Vorländer. Eingriffe auf dem einen Ufer ohne gleichzeitige Maßnahmen am anderen Ufer würden keine Verbesserung, sondern unter Umständen eine Verschlechterung oder Gefährdung des Planes bedeuten. Eingriffe am Strom machen sich nicht nur in unmittelbarer Nähe, sondern auf weite Entfernung hin noch bemerkbar, wie einige Beispiele von vielen zeigen. Schon lange sind aus Schiffahrts- und Handelskreisen berechtigte Wünsche nach einer Verbesserung der „krummen Gilge" erhoben worden. Eine solche Verbesserung ist jedoch nicht durchführbar ohne eine Rückwirkung auf den Rußstrom, insofern, als diesem unter Umständen erhebliche Wassermengen entzogen werden und der Wasserstand zu gewissen Zeiten abgesenkt wird. Ebenso bedeutet jede derartige Maßnahme an der Gilge eine Einwirkung auf die Eis- und Hochwasserstandsverhältnisse im Rußstrom und der weit ausgedehnten Plaschkener Niederung. Der Ausgleich der Interessen, die in beiden Ländern einander widerstreiten, würde natürlich auf die allergrößten Schwierigkeiten stoßen und ein Gegenstand maßloser Forderungen seitens des Nachbarstaates werden.

Vor zwei Jahren brach bei Hochwasser und Eisgang, wie noch in der Erinnerung sein dürfte, der sogenannte Leitdeich in Schilleningken. Dadurch wurde der dem Bruch bereits bedenklich nahe gekommene Verbandsdeich bei Kloken gerettet. Wahrscheinlich wäre es sonst nötig geworden, den Schilleningker Deich, der als unten offener Deich ungleich geringere Bedeutung hat als die eingedeichte Niederung mit ihren ungeheuer hohen wirtschaftlichen Werten, künstlich zu durchstechen — wie der Arzt im Notfalle ein Glied amputieren muß, um das Leben des Kranken zu retten. In gleicher Weise haben sich die verantwortlichen Stellen im Jahre 1877 genötigt gesehen, die hochwasserfreie Chaussee Kaukehmen—Ruß bei Brionischken zu durchstechen, um dem Eis des Rußstroms einen direkten Zugang zum Skirwiethstrom zu ermöglichen und die gefährdeten Ortschaften am rechten Ruß-Ufer zu entlasten. Aus alledem ergibt sich, in wie engem Zusammenhang Maßnahmen an einer Stelle des Stromgebiets mit solchen an einer anderen Stelle desselben stehen.

Dies wird auch besonders deutlich bei dem Eisbrechdienst, wie er zur Vermeidung der Hochwasser- und Eisgefahren im unteren Stromgebiet, d. h. von Schanzenkrug abwärts, seit 13 Jahren durchgeführt wird. Die Interessen der Anlieger am Strom gehen hinsichtlich des Zeitpunktes der Inangriffnahme der Eisbrecharbeiten vielfach auseinander. Die Oberlieger in der uneingedeichten Niederung (rechts) zwischen Tilsit und der Gilgeabzweigung, aber auch die linksseitigen (also beim Reich verbleibenden) Deichverbände wünschen im allgemeinen einen frühzeitigen Beginn der Eisbrecharbeiten, um die Hochwasserstände zu senken. Die Unterlieger, namentlich von Ruß abwärts, wünschen einen späteren Eisaufbruch, um die Eisdecke länger benutzen zu können und in der Annahme, daß das Eis bei längerem Liegen schwächer wird. Besonders kann der am linken Skirwiethufer gelegene Teil der Gemeinde Skirwieth betroffen werden. Sie ist dem Eisgange ausgesetzt, der sich aus dem Rußstrom über den niedrig belegenen 1½ Kilometer breiten sogenannten Ueberfall bei Brionischken in den Skirwieth ergießt. Die Gemeinde Skirwieth liegt an beiden Ufern, sie würde also politisch halbiert werden. Der auf dem linken Ufer gelegene, also diesseits verbleibende Teil würde also unter Umständen die Folgen eines Eisaufbruchs zu tragen haben, der im wesentlichen zum Nutzen von Gemeinden, die auf feindlicher Seite liegen, ausgeführt wird. Seither konnten alle widerstreitenden Interessen von einer Stelle aus berücksichtigt werden. Die Leitung der Eisbrecharbeiten kann daher nur von einer Zentralstelle aus erfolgen. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen vertragen vielfach keinen Aufschub. Sie müssen unter Umständen sofort getroffen werden und es wäre ganz ausgeschlossen, sie etwa einer zwischenstaatlichen Kommission zu übertragen. Die Verwaltung der Eisbrecherflottille und die Ermittelung der Kosten muß natürlich ebenfalls in der Hand des Leiters liegen.

Es sei weiter nur kurz an die vielen über den Strom führenden öffentlichen Fähren erinnert, deren Beaufsichtigung im Sicherheitsinteresse und deren Tariffestsetzung nun in zwei verschiedenen Händen liegen würde.

Man denke endlich an die Ausübung der Fischerei, die Schikanen seitens eines mißgünstigen Nachbars würden nicht aufhören.

Kurz: die Landesgrenze mitten durch den Strom zu legen, bedeutet eine schroffe Zerschneidung aller Lebensbeziehungen zwischen den Angehörigen beider Staaten. Es ist, als solle ein lebendes Wesen der Länge nach durchgeteilt werden.

Wenn nicht die ausdrückliche Absicht besteht, für Deutschland einen Wust dauernder und ständiger Streitigkeiten zu schaffen, ist eine Grenze wie die gewählte durchaus unverständlich.

* * *

Gegen den Versailler Mordplan.

Die Protestrufe aus unserer durch den Versailler Mordplan aufs schwerste bedrohten Provinz häufen sich mit jedem Tage und werden immer dringender und empörter. Wenn auch in Worten verschieden, ist ihr Inhalt unveränderlich der gleiche: Für uns gibt es keine Annahme der Bedingungen! Verdorren sollen die Hände, die diesen teuflischen haßgeborenen Pakt unterzeichnen. Lieber als Deutsche sterben, als Sklaven der von uns befreiten Polen werden!

In Masuren — dort, wo der Pole jeden Tag einbrechen kann, ist die Erbitterung ganz besonders groß, werden die Proteste mit besonderm Nachdruck erhoben. Dem Zentralausschuß für den ostdeutschen Heimatdienst gingen neuerdings Telegramme aus folgenden masurischen Ortschaften zu:

Kieöwen, Puchowken, Kutten, Czarnia, Nordental, Krupinnen, Groß-Retzken, Markowsken, Woynassen, Koysowken, Urbanken, Reszowisna, Stösnen, Gollubien, Scharetzken, Rogowken, Steinau, Monethen, Friedensdorf, Kielieanen, Gensken, Schlopien, Sayden, Kubowken, Giesen, Orzeskewken, Dutken, Dweratzken, Sokolken, Neuendorf, Statzen, Sozagen, Skukten, Eichhorn, Borowsken, Dombrowsken, Jaschken, Roschatzken, Dobken, Goretzken, Seeschen und Klassenthal. — Aus dieser großen Zahl von Telegrammen ergibt sich ohne weiteres, wie allgemein und tief die Erregung ist.

*

WTB. Berlin, 15. Mai. Zu einer gewaltigen Kundgebung gegen den Gewalt- und Rachefrieden der Entente gestaltete sich eine vom Reichsverband der Grenzmarkenschutzvereine einberufene Protestversammlung auf dem Königsplatz vor dem Reichstagsgebäude. Ungeheure Menschenmassen besetzten den weiten Platz, darunter Fahnen, Musikkapellen und Transparente mit Inschriften, wie: Nur ein wahrer Völkerbund, kein Raub der Grenzmarken. Geläut sämtlicher Kirchenglocken Berlins leitete die Feier ein. Zahlreiche Redner, vor allem Vertreter der bedrohten Landesteile sprachen gegen den Gewaltfrieden. Zum Schluß wurde ein Treugelübde vorgelesen, welches für die bedrohten Landesteile das zugesagte Recht der Selbstbestimmung fordert und gelobt, in Deutschlands Schicksalsstunde mit Gut und Blut einzustehen, daß deutsch bleibt, was deutsch ist. Tausende von Händen streckten sich empor, um diesen Schwur zu bekräftigen.

Ein brausendes Hoch auf das deutsche Volk und Vaterland war das Echo einer Entschließung, welche gegen die Vergewaltigung der Wilsonschen Richtlinien protestierte und zur Ablehnung jeden Gewalt- und Rachefriedens aufforderte. Abordnungen der einzelnen Grenzschutzvereine begaben sich zu Ebert und Scheidemann, während sich die Versammlung schweigend auflöste.

Das „Parlament des Ostens".

WTB. Berlin, 15. Mai. Zu der Meldung „Ein Parlament des Ostens" wird von zuständiger Seite bemerkt: daß die Volksvertreter und Vertrauensmänner der Bevölkerung im Osten sich zusammenschließen, um in gemeinsamen Beratungen zu der ihr drohenden Gefahr Stellung zu nehmen, ist sehr verständlich und zweckmäßig. Nur durch geschlossene einmütige Haltung können in der furchtbar erregten Bevölkerung unbesonnene und darum schädliche Gewaltsamkeiten verhindert werden. Das Parlament aber, das allein die Aufgabe hat, den deutschen Osten vor Bedrohungen zu schützen, ist und muß die Nationalversammlung bleiben, die sich in der letzten Tagung dieser Pflicht durchaus gewachsen zeigte.

Verdoppelung der Grenzschutztruppen.

B. D. Berlin, 15. Mai. Wie die badische Presse von zuverlässiger Seite aus Berlin erfahren haben will, sind in den letzten Tagen die Grenzschutztruppen auf die doppelte Stärke ihres bisherigen Bestandes gebracht worden.

Die Auflösung des Großen Hauptquartiers in Kolberg soll bisher verschoben werden. Dazu teilt die „National-Ztg." auf Grund von Informationen an zuständiger Stelle mit: Die Nachricht, daß der Grenzschutz Ost auf das Doppelte verstärkt worden sei, bestätigt sich. Dagegen liegt über eine Verschiebung der Auflösung des Großen Hauptquartiers keine Nachricht vor.

Der Treueschwur der Bayern.

WTB. Bamberg, 15. Mai. Zu einer mächtigen Kundgebung des bayerischen Volkes gegen den von der Entente beabsichtigten Gewalt- und Schmachfrieden versammelte sich heute vormittag im Kaisersaale der Residenz zu Bamberg der bayerische Landtag. Von der Regierung hatten sich die in Bamberg weilenden Minister eingefunden.

Präsident Schmitt eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er die einige Geschlossenheit Bayerns und des Reiches im Kampfe um die Zukunft betonte. Er schloß mit den Worten: Vor dem Lande darf ich feststellen: Wir

Ganz Ostpreußen gegen den Gewaltfrieden!

Protest der Deutschen demokratischen Partei am Sonnabend, abends 7½, Börse. Redner: Beutler-Memel, Justizrat Cohn-Königsberg, Grzimmeck-Rastenburg, Immisch-Tilsit, Siehr-Insterburg.